

Notizen von der Querfront

(März '26)

Die Querfront steht

Die Auflösungserscheinungen des BSW sind seit dem Scheitern der Brandenburger Koalition unübersehbar. Zur Krönung der Potsdamer Koalitionspleite legte der zunächst aus der SPD gekommene Landesminister Robert Crumbach noch einen eher peinlichen Rücktritt vom Übertritt hin. Als verbliebenes Kabinettsmitglied im Bündnis mit der Union fühlt sich der frühere Arbeitsrichter wieder als loyaler Genosse, während das BSW den Reputationsschaden davonträgt, den Crumbach klar auf den Punkt bringt, die Wagenknechts seien weder „regierungs- noch überhaupt politikfähig“ zu sein.

Bei der Landtagswahl im wirtschaftsstarken Baden-Württemberg landete das so hoffnungsfroh gestartete Projekt erst auf dem 8. Platz – mit 1,4 % bei 76.267 Zweitstimmen (Erststimmen - bei wenig Direktkandidaturen: 31.279, d.h. 0,6 %) noch hinter den Freien Wählern (1,9 %). In Rheinland-Pfalz reichte es mit ebenso 1,9 % der Zweitstimmen nur für Platz 8. Auch in den hessischen Großstädten schnitt das BSW bei den jüngsten Kommunalwahlen nur mäßig ab. Ein Beispiel: In der Mainmetropole Frankfurt erzielte es nur 1,3 Prozent. Bündnis 90 / Die Grünen kamen hier auf 21, die Linke auf 8,9 %.

Was hat die Partei noch zu bieten, seitdem der pazifistische Friedensschmuh spätestens seit dem Winterterror gegen die ukrainische Zivilbevölkerung aufgefliegen zu sein scheint - die toxische Hoffnung auf einen putingerechten Waffenstillstand

oder Kapitulationsfrieden. Das propagandistische Schüren von Kriegsängsten hat sich nicht ausgezahlt. Die Menschen hierzulande fürchten weniger die angebliche „Kriegsbesoffenheit“ des Westens oder der Regierung Merz als die menschenverachtende Skrupellosigkeit des Kreml-Regimes.

Folglich scheint Wagenknechts abgestürztes Spalterprojekt nur noch zwei Karten im Spiel zu besitzen. *Erstens* die vage Hoffnung auf Karlsruhe und eine Neuauszählung der Stimmen zur Bundestagswahl 2025 und *zweitens* die Septemberwahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Bereits jetzt Gründerin Wagenknecht alle Versteckspielereien fahren lassen und offen für eine Zusammenarbeit mit der AfD sowie deren Regierungsbeteiligung geworben. Die Gelegenheit schien günstig, nachdem ein Verwaltungsgericht auf die zwingend einzuhaltende Unterscheidung zwischen einem bloßen Verdachtsfall und einer gesicherten Verfassungsfeindlichkeit hingewiesen hat.

In der neuen „Ostdeutschen Allgemeinen“ liefert sie eine lupenreine Wahlempfehlung für die AfD. Weidel und Chrupalla könnten sie sich rahmen lassen:

„Wer die AfD wählt, wünscht sich keinen neuen Faschismus, sondern erschwingliche Preise, bessere Bildung für seine Kinder, weniger Kriminalität und Migration, kurz: ein Deutschland, das wieder funktioniert, in dem sich gut und sicher leben lässt und das international geachtet und nicht ausgelacht wird.“

BSW-Wähler sähen dies ähnlich. Deutschland soll wieder „funktionieren“. Wortgetreu plakatiert die AfD derzeit in Berlin mit der Parole: „Für ein Berlin, das funktioniert.“ Die

neuesten Zahlen aus Mecklenburg-Vorpommern geben (lt. Insa) Grund zur Hoffnung. Danach käme eine Große Koalition aus SPD (*Schwesig*) und CDU (*Amthor*) nur auf 41 %, eine Querfront aus AfD und BSW jedoch auf 42 %. Die von der Union so geächtete Linke könnte mit 6 % den Ausschlag geben, solange die im Osten manchenorts für vogelfrei erklärte Klimaschutz-Partei Bündnis 90 / Die Grünen den Einzug in den Schweriner Landtag erneut nicht schaffte.

Amnesty International zum Jahrestag des Ukraine-Überfalls

Am 24. Februar jährte sich der offene Angriff Russlands gegen die Ukraine zum vierten Mal. Der Krieg aber dauert bereits zwölf Jahre – er begann 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Im Winter 2025/26 bleibt Russlands Angriffskrieg ein systematischer Angriff auf die ukrainische Zivilbevölkerung. *Amnesty International* verurteilte die russischen Angriffe auf die zivile Infrastruktur, auf Energieversorgung und Wohngebiete als Kriegsverbrechen. In den besetzten Gebieten begingen russische Behörden massive Menschenrechtsverletzungen. Zivilpersonen, darunter auch Kinder, wurden verschleppt.

Amnesty International kritisierte zudem, dass ukrainische Kriegsgefangene und Zivilist*innen in russischer Gefangenschaft gefoltert, misshandelt und verschwinden gelassen würden. Julia Duchrow, Generalsekretärin von *Amnesty International* forderte: „Ohne Rechenschaft für begangene Verbrechen wird es keine Gerechtigkeit geben. Seit 2023 gibt es einen internationalen Haftbefehl gegen Präsident

Putin. Angesichts der ständigen Drohungen und Angriffe gegen den Internationalen Strafgerichtshof muss die deutsche Bundesregierung alles unternehmen, um die internationale Gerichtsbarkeit zu verteidigen und zu stärken.“

Kälte als Waffe

Amnesty International erinnert daran, dass bei minus 15 Grad und kälter das ukrainische Energiesystem in den letzten Monaten intensiven russischen Luftangriffen ausgesetzt sei. Wärmekraftwerke, Umspannwerke und kritische Übertragungsknotenpunkte gehörten zu den Hauptangriffszielen.

Außerdem hat *Amnesty* für 2025 dokumentiert, wie ukrainische Kriegsgefangene und Zivilist*innen in russischer Gefangenschaft von russischen Behörden über längere Zeit ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten, gefoltert, misshandelt und verschwinden gelassen würden. Die russischen Behörden hätten internationalen Hilfsorganisationen, darunter dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK), den Zugang zu ukrainischen Kriegsgefangenen verweigert bzw. stark eingeschränkt. Dadurch seien Kriegsgefangene einem höheren Risiko ausgesetzt, gefoltert oder misshandelt zu werden.

Verbrechen in besetzten Gebieten

In den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine hat *Amnesty* schwere Verstöße dokumentiert. Nach Beginn der offenen Großinvasion 2022 wurden wiederholt Zivilpersonen, darunter auch Kinder, aus besetzten Gebieten unter Zwang

nach Russland verschleppt. Auch das Recht auf Bildung würde in den besetzten Gebieten massiv verletzt. Kinder würden indoktriniert und Lehrkräfte genötigt, mit den Besatzungsbehörden zusammenzuarbeiten. Wer leichtfertig Selenskys Gebietsverzicht zur Grundvoraussetzung eines Waffenstillstands erklärt, scheint gegen die Versklavung eines Fünftels der Ukraine moralisch nichts einzuwenden haben.

Von Trump lernen

Da erblasste der Chefpropagandist im Staatsfernsehen, Wladimir Solowjow, fast vor Neid, als er anerkennen musste, wie präzise die Amerikaner die politische Führung von feindlichen Staaten – Venezuela und Iran – auszuschalten imstande sind, per Kidnapping oder gezielter Tötung. Deshalb fordern auch russische Z-Kriegsblogger, es den US-Kriegern doch gleichzutun und Selenskys Amtssitz zu attackieren. Die angebliche „Zurückhaltung“ Putins wird russischerseits – im Gegensatz zur „westlichen Dekadenz“ - mit dem „Anstand“ und der „Vernunft“ des ansonsten doch wenig zimperlichen Kreml-Machthabers erklärt (F.A.Z. vom 4.März). Wohl ein weiterer Grund für Trump, den Friedensnobelpreis nur im Trio mit Bibi und Wladimir entgegennehmen zu wollen.

